

Debatte ohne Punkt und Komma

Erst vor zwei Tagen wollte die Bundesregierung ein Zeichen setzen: Hände weg von einer weiteren Runde im endlosen Reform-Gerangel! Dennoch beschloß die Kultusministerkonferenz inzwischen, das neue Regelwerk ein weiteres Mal zu prüfen. Wann die ermüdende Kontroverse enden wird, steht also weiterhin nicht im Duden, sondern in den Sternen.

Saarbrücken/Mainz - Macht mal einen Punkt, muß sich Thomas Steg, der stellvertretende Regierungssprecher, gedacht haben, als er sich extra aus dem Urlaub zu Wort meldete. Man solle die Diskussion nicht wieder leichtfertig aufmachen, die bereits gefaßten Beschlüsse müßten respektiert werden, hatte Steg erst gestern zu Protokoll gegeben.

Doch auch diese Worte nur Schall und Rauch in der Endlos-Debatte um die neuen Rechtschreibregeln. Ein Ende ist noch lange nicht in Sicht, zumal die Kultusministerkonferenz (KMK) einem Antrag von Saar-Minister Jürgen Schreier (CDU) stattgegeben hat und sich im Oktober noch einmal mit der Reform beschäftigen will. Dies teilte KMK-Präsidentin Doris Ahnen (SPD) heute abend in Mainz mit.

Schreier hatte in einem Brief an seine rheinland-pfälzische Amtskollegin Ahnen gefordert, das von der KMK bereits im Juni abschließend beratene Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Einen entsprechenden Vorabbericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bestätigte Schreiers Sprecher Ludwig Geiser in Saarbrücken.

Ahnen kam dem Wunsch Schreiers nach, da Anträge der KMK-Mitglieder zur Tagesordnung grundsätzlich berücksichtigt würden. Gegenüber der Nachrichtenagentur dpa äußerte sich die Politikerin allerdings verwundert über den Sinneswandel ihres Kollegen. Schließlich habe Schreier bei der KMK-Sitzung Anfang Juni in Mainz teilgenommen, bei der man den einstimmigen Beschluß gefaßt hatte, die Regeln zum 1. August 2005 verbindlich zu machen.

Die Kultusminister könnten nicht unbeteiligt zusehen, wie die Rechtschreibreform von immer mehr Ministerpräsidenten und auch der Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) ernsthaft kritisiert werde, begründete Schreier seinen Antrag auf eine Revision des KMK-Beschlusses. Mehrere Ministerpräsidenten, darunter Saar-Landeschef Peter Müller (CDU), hatten das neue Regelwerk in Frage gestellt und eine neue Entscheidung gefordert. Die Rechtschreibreform soll nach mehrjähriger Übergangsphase an den Schulen zum 1. August 2005 verbindlich gelten.

Schreier fordert dem Bericht zufolge außerdem, unverzüglich den Rat für die deutsche Rechtschreibung einzusetzen, der an die Stelle der Zwischenstaatlichen Kommission treten soll. Der Zeitraum bis zum 1. August 2005 dürfe nicht ungenutzt verstreichen. Der Rat müsse die Rechtschreibreform mit völlig offenem Ausgang betrachten.

Artikel erschienen in SPIEGEL-online am 27. Juli 2004